

An das Landesamt für Umwelt

Breitenburger Straße 25

25524 Itzehoe

Immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit nehmen wir als umweltrechtlicher Verband BUND

Stellung

Und machen zugleich nachfolgende

Einwendungen

geltend und beantragen

keine Genehmigung zu erteilen.

1.

Aus der Not geboren ist nicht immer gut. Die Anwohner des LNG-Terminals sollen für Jahrzehnte den Gefahren eines Störfallbetriebes ausgesetzt werden, obwohl es dort weitere Störfallbetriebe gibt. Eine Gesamtbetrachtung möglicher Risiken fehlt.

Der Betrieb des beantragten LNG-Terminals beinhaltet bei der Anlieferung des Gases auf der Elbe Gefahren der Haverien, beim Entladen und Weitertransport Explosionsgefahren. Diese Gefahren für das Leben der Anwohner auf Dauer festzuschreiben wäre unverantwortlich und daher abzulehnen.

Bereits jetzt sind die Anwohner durch zu hohe Lärm- und Lichtverhältnisse belastet. Wir fordern die krankmachenden Beeinträchtigungen schnellstmöglich einzustellen.

2.

Fossile Energien sind ein Auslaufmodell.

Fossile Energien werden jeden Tag weniger gebraucht, da Schleswig-Holstein mindestens 110 % regenerative Energie produziert. Neubauten zu Wohnzwecken sind nur noch mit Photovoltaik genehmigungsfähig, daher erhöhen sich nochmals die regenerativen Energien. Gerade der Antrag auf unbefristeten Betrieb des LNG-Terminals zeigt eine falsche Einschätzung der energiepolitischen Lage. Wir brauchen kein LNG-Gas. Die Überkapazität ist offensichtlich.

3.

Wir fordern, die beantragte Genehmigung eines unbegrenzten Störfallbetriebes der oberen Kategorie zu verweigern. Sollte zukünftig grüner Wasserstoff umgeschlagen werden sollen, müsste dies neu beantragt werden.

Lutz Köhnke